

Interpellation 258

Eingang Stadtkanzlei: 5. Dezember 2018

Wirken sich professionelle Airbnb- und ähnliche Angebote auf die öffentlichen Einnahmen aus?

Airbnb- und ähnliche Angebote legten in den letzten Jahren in der Stadt Luzern ein eindrückliches Wachstum hin. Luzern als angesagter Tourismus-Hotspot und die markant höheren Renditemöglichkeiten gegenüber einer klassischen Vermietung sind die offensichtlichsten Gründe. Ohne Gegenmassnahmen dürften sich die Herausforderungen zusätzlich verschärfen. Problematisch sind dabei die «professionellen Angebote», bei denen Wohnraum ausschliesslich als Airbnb- und ähnliche Unterkünfte vermarktet wird. Mit jeder Umnutzung gehen dauerhaft Wohnungen für die ansässige Bevölkerung verloren. Diese nimmt ab, der Druck auf den verbleibenden Wohnraum treibt die Mieten insgesamt in die Höhe, die Quartieridentität leidet und die Anzahl der Steuerpflichtigen sinkt.

Zugunsten einer vertieften Diskussion über die finanziellen Chancen und Risiken bittet die SP/JUSO-Fraktion den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Grundsätzlich: Mit welcher Vermietungsform erhält die öffentliche Hand insgesamt mehr Einnahmen – über professionelles Airbnb- und ähnliche Unterkünfte zugunsten von kurzfristigen Aufenthalten oder über die Dauervermietung an in der Stadt Luzern angemeldeten Personen?
2. Wie viele Bundes-, Kantons-, Gemeindesteuern und weitere Abgaben nimmt die öffentliche Hand durch die Vermietung von professionellen Stadtluzerner Airbnb-Unterkünften ein?
3. Wie gross wären diese Steuern und Abgaben, wenn dieser Wohnraum dauerhaft durch in der Stadt Luzern ansässige Steuerzahlende belegt wäre?¹
4. Wie kommentiert der Stadtrat die eruierten Zahlen? Sieht er Handlungsbedarf?

¹ Dabei soll von einem durchschnittlich steuerzahlenden Haushalt im jeweiligen Quartier ausgegangen werden.

5. Falls für die öffentliche Hand insgesamt bei einer professionellen Airbnb- und ähnlichen Bewirtung weniger eingenommen wird, kann es sein, dass sich der Trend bereits in den zurückgehenden Steuereinnahmen natürlicher Personen niederschlägt?

Cyrill Studer Korevaar
namens der SP/JUSO-Fraktion